

Argumente und Positionen

EEG: Kostenbremse und alternative Finanzierung

Die Energiewende bleibt für die chemische Industrie eine wirtschaftliche Herausforderung. Steigende Kosten drohen aus mehreren Richtungen. Trotz der Entlastungen für besonders energieintensive Betriebe zahlt die Branche derzeit rund 1 Milliarde Euro EEG-Umlage im Jahr. Dieser Betrag wird noch steigen, da sich die Umlage weiter erhöhen wird – trotz der Bemühungen im EEG 2014 und 2016, die Kosten zu dämpfen und das System marktwirtschaftlicher zu machen. Die finanzielle Bürde trägt im Wesentlichen der nicht entlastete Mittelstand. Aber auch für entlastete Unternehmen haben sich die verbleibenden EEG-Umlagekosten mindestens verdoppelt.

Mit der EU-Kommission hat sich die Bundesregierung zwar darauf geeinigt, dass der Bestandsschutz für bestehende Industrieanlagen zur Produktion von Eigenstrom bei der EEG-Umlage zunächst erhalten bleibt. Das verbessert die Planungssicherheit für die Unternehmen. Aber zusätzliche Kosten stehen durch die Neuregelung der KWK-Umlage an: Hier droht alleine der chemischen Industrie eine Zusatzbelastung von knapp 100 Millionen Euro.

Weiterhin kein Kostendeckel beim EEG

Politisches Ziel der Energiewende ist der Klimaschutz und der Umbau der Stromversorgung. Angestrebt wird eine klimaverträgliche, sichere

und bezahlbare Energieversorgung. In puncto Kosten befindet sich die Energiewende aber nicht auf einem nachhaltigen Pfad. Dadurch drohen besonders nicht entlasteten Betrieben Nachteile gegenüber ausländischen Wettbewerbern.

Beim EEG fehlen weiterhin wirksame Impulse zur Kostenbegrenzung beim Zubau von Erneuerbaren und für ihre Marktintegration. Auch die mit der EEG-Novelle 2016 einzuführende Ausschreibung von Kapazitäten wird den Kostentrend nicht umkehren.

Neue Baustellen verursachen neue Kosten

Neben dem Ausbau der Erneuerbaren rücken auch die Kosten für Netzausbau, Netzregelung und Reservebetrieb konventioneller Kraftwerke in die Diskussion. Die Kosten für die neuen Leitungen liegen laut Bundesnetzagentur bei 40 Milliarden Euro. Hinzu kommen weitere Kostenblöcke wie Kapazitäts- und Braunkohlereserve, Redispatch-Maßnahmen und Abregelung von Erneuerbaren-Anlagen aufgrund von Netzengpässen. Folge sind höhere Netzentgelte und Umlagen, die zusätzlich die Kosten für die Industrie steigen lassen. Diese Entwicklung schwächt die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen, ohne erkennbaren Nutzen für den Klimaschutz zu leisten.

DAFÜR SETZT SICH DER VCI EIN

■ Eigenstromanlagen sollten langfristig wirtschaftlich arbeiten können

Nur ein fortdauernder Bestandsschutz beim Eigenstrom mit vollständiger Befreiung der Bestandsanlagen von der EEG-Umlage kann die klimaschonende Eigenerzeugung und Planungssicherheit für Investitionsvorhaben schaffen. Für bestehende Eigenstromerzeugungen muss vor dem Hintergrund der Neugestaltung der EU-Beihilferegeln in den nächsten Jahren eine langfristige, umfangreiche Entlastung in Vereinbarkeit mit dem EU-Beihilferecht erreicht werden.

■ Die Kosten der Energiewende sollten fallen

Um Kosten zu minimieren, sollte die weitere Förderung für erneuerbare Energien so marktnah wie möglich ausfallen. Dazu gehört zum Beispiel eine feste statt einer gleitenden Marktprämie. Auch die Folgekosten für den Ausbau der Infrastruktur sollten eingedämmt werden, zum Beispiel indem der Netzbau besser mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien koordiniert und die Förderung von erneuerbaren Energien in Zeiten negativer Strompreise ausgesetzt wird.

■ Die Förderung erneuerbarer Energien sollte anders finanziert werden

Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und braucht eine andere Finanzierungsgrundlage. Im heutigen Umlagesystem müssen Stromverbraucher die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien bezahlen. Dadurch kommt es in energieintensiven Branchen zu einer Wettbewerbsverzerrung. Die Bundesregierung sollte daher eine alternative Finanzierung für das EEG prüfen – beispielsweise eine Haushaltsfinanzierung mit entsprechender parlamentarischer Kontrolle.